

# Meinungen zur Notwendigkeit staatlicher Investitionen und deren Finanzierung

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung für die  
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)

**forsa** Gesellschaft für  
Sozialforschung und  
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2  
10587 Berlin

**Telefon** 030 62882-0

**E-Mail** [info@forsa.de](mailto:info@forsa.de)

## **Vorbemerkung**

Im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH eine repräsentative Bevölkerungsbefragung in Deutschland durchgeführt.

Im Rahmen der Befragung wurde ermittelt, in welchen Bereichen der Staat aus Sicht der Bürgerinnen und Bürgern mehr investieren sollte, wie mögliche Mehrausgaben des Staates am ehesten finanziert werden sollte und wie die Bundesbürger grundsätzlich zur Zukunft der sogenannten Schuldenbremse stehen.

Im Rahmen der Befragung wurden zwischen dem 10. und 14. Januar 2025 insgesamt 1.001 wahlberechtigte Bundesbürger ab 18 Jahre repräsentativ befragt.

Die Ergebnisse können mit den bei allen Stichprobenerhebungen üblichen statistischen Fehlerschwankungen (im vorliegenden Falle von +/- 3 Prozentpunkten) auf die Gesamtheit der wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland übertragen werden.

## 1 Staatliche Investitionen in verschiedene Aufgabenbereiche

Die Bundesbürger wurden zunächst um eine Einschätzung gebeten, in welchen Bereichen der Staat in Deutschland in der nächsten Zeit mehr, weniger oder in ähnlichem Umfang investieren sollte wie bisher.

Wie die folgende Übersicht zeigt, sehen die Bundesbürger am häufigsten Investitionsbedarf beim Schul- und Bildungssystem: 87 Prozent sind der Meinung, dass in diesem Bereich mehr Geld ausgegeben werden müsste als bisher.

Mehr als 60 Prozent sind auch der Meinung, dass der Staat bei der Verkehrsinfrastruktur (67 %), bei der Gesundheitsversorgung (65 %) und bei der inneren Sicherheit (63 %) mehr investieren müsse.

Mehr als die Hälfte sieht zudem die Notwendigkeit von mehr Investitionen bei der Verteidigung (57 %) und der Energieversorgung (53 %).

Deutlich weniger als die Hälfte sieht hingegen Investitionsbedarf beim Klima- und Umweltschutz (40 %) sowie bei den sozialen Sicherungssystemen (39 %).

### In welchen Bereichen sollte der Staat künftig investieren ?

In folgenden Bereichen sollte der Staat in Deutschland in nächster Zeit ...

	mehr investieren %	weniger investieren %	so viel wie bisher %
Schul- und Bildungssystem	87	1	11
Verkehrsinfrastruktur	67	4	28
Gesundheitsversorgung	65	3	31
innere Sicherheit, z. B. Polizei, Bundespolizei	63	2	34
Verteidigung	57	14	27
Energieversorgung	53	7	35
Klima- und Umweltschutz	40	21	38
soziale Sicherungssysteme	39	19	40

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Ostdeutschen sehen (noch) häufiger als die Westdeutschen Investitionsbedarf im Bereich Schule und Bildung und bei der inneren Sicherheit. Die Westdeutschen wiederum sind häufiger als die Ostdeutschen der Meinung, dass der Staat mehr in die Verteidigung und vor allem in den Klima- und Umweltschutz investieren muss.

Dass mehr Investitionen in den Klima- und Umweltschutz sowie in die sozialen Sicherungssysteme nötig sind, meinen die unter 30-Jährigen häufiger als die älteren Altersgruppen.

### In welchen Bereichen sollte der Staat künftig mehr investieren ? (Region und Alter)

In folgenden Bereichen sollte der Staat in nächster Zeit <u>mehr</u> investieren:	insgesamt	Ost	West	18-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%
Schul- und Bildungssystem	87	97	86	81	96	88	84
Verkehrsinfrastruktur	67	70	67	59	65	74	68
Gesundheitsversorgung	65	73	63	76	71	62	56
innere Sicherheit, z. B. Polizei, Bundespolizei	63	74	62	51	66	65	67
Verteidigung	57	47	58	45	57	60	60
Energieversorgung	53	53	53	55	63	49	50
Klima- und Umweltschutz	40	20	41	51	26	38	45
soziale Sicherungssysteme	39	41	36	51	41	36	36

Die Einschätzungen zu den Ausgabenprioritäten des Staates unterscheiden sich mitunter deutlich zwischen den Anhängern der einzelnen politischen Parteien.

In den Bereichen Gesundheitsversorgung und innere Sicherheit sehen die Anhänger der AfD am häufigsten und die der Grünen am seltensten Bedarf für mehr staatliche Investitionen. Beim Thema Umwelt- und Klimaschutz sehen wiederum die Anhänger der SPD und insbesondere der Grünen am häufigsten und die Anhänger der AfD am seltensten die Notwendigkeit für mehr staatliche Ausgaben.

Dass mehr Geld für die sozialen Sicherungssysteme ausgegeben werden sollte, meint nur eine Mehrheit der BSW-Anhänger. Am deutlichsten für höhere Verteidigungsausgaben plädieren die Anhänger der FDP.

### In welchen Bereichen sollte der Staat künftig mehr investieren ? (Parteianhänger)

In folgende Aufgabenbereiche sollte der Staat in nächster Zeit <u>mehr</u> investieren:	insgesamt %	Anhänger der/ des:					
		SPD %	Grüne %	FDP %	CDU/CSU %	AfD %	BSW %
Schul- und Bildungssystem	87	81	92	68	89	96	95
Verkehrsinfrastruktur	67	59	70	70	65	79	89
Gesundheitsversorgung	65	57	49	46	52	83	79
innere Sicherheit, z. B. Polizei, Bundespolizei	63	54	41	61	67	82	81
Verteidigung	57	59	62	85	67	63	21
Energieversorgung	53	54	49	40	46	65	68
Klima- und Umweltschutz	40	62	79	23	35	7	24
soziale Sicherungssysteme	39	38	36	20	27	42	68

Dass der Staat künftig *weniger* in den Klima- und Umweltschutz investieren sollte, meinen überdurchschnittlich häufig die Anhänger der FDP und vor allem die der AfD.

Weniger Ausgaben für die sozialen Versicherungssysteme fordern am ehesten die Anhänger der FDP, der CDU/CSU und der AfD.

Dass der Staat weniger in die Verteidigung investieren sollte, meinen am häufigsten die BSW-Anhänger.

Etwas häufiger als der Durchschnitt der Bundesbürger sprechen sich die Anhänger der FDP und der AfD für weniger Investitionen in die Energieversorgung aus.

### In welchen Bereichen sollte der Staat künftig weniger investieren ? (Parteianhänger)

In folgende Aufgabenbereiche sollte der Staat in nächster Zeit weniger investieren:

	insgesamt	Anhänger der/ des:					
		SPD	Grüne	FDP	CDU/CSU	AfD	BSW
	%	%	%	%	%	%	%
Klima- und Umweltschutz	21	1	1	31	16	63	23
soziale Sicherungssysteme	19	10	9	39	31	31	5
Verteidigung	14	9	3	3	8	19	44
Energieversorgung	7	1	2	18	7	17	11
Verkehrsinfrastruktur	4	7	5	3	3	3	0
Gesundheitsversorgung	3	1	3	0	6	4	4
innere Sicherheit, z. B. Polizei, Bundespolizei	2	0	2	0	3	2	2
Schul- und Bildungssystem	1	2	0	0	1	0	0

## 2 Die Finanzierung zusätzlicher Investitionen

In der Frage, wie der Staat zusätzliche Ausgaben am ehesten finanzieren sollte, spricht sich eine große Mehrheit von 59 Prozent der Bundesbürger – mit Ausnahme der Anhänger von SPD und Grünen – für Einsparungen in anderen Bereichen der öffentlichen Haushalte aus.

Dass der Staat zusätzliche Ausgaben am ehesten über zusätzliche Schulden finanzieren sollte, meinen nur 21 Prozent.

Lediglich 13 Prozent plädieren für die Erhöhung von Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Mehrausgaben. Diese Möglichkeit favorisieren am ehesten (33 %) die Anhänger der Grünen.

### Wie sollten zusätzliche Ausgaben des Staates in bestimmten Bereichen finanziert werden?

Zusätzliche Ausgaben des Staates sollten am ehesten finanziert werden durch:

	Einsparungen in anderen Bereichen der öffentlichen Haushalte	zusätzliche Schulden	Erhöhung von Steuern und Abgaben
	%	%	%
insgesamt	59	21	13
Ost	66	15	10
West	58	21	14
18- bis 29-Jährige	71	15	12
30- bis 44-Jährige	59	21	9
45- bis 59-Jährige	57	20	15
60 Jahre und älter	54	24	16
Anhänger der/des:			
SPD	35	38	24
Grünen	29	37	33
FDP	80	8	3
CDU/CSU	66	20	10
AfD	76	9	2
BSW	77	18	5

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Nur für den Fall, dass notwendige Investitionen und zusätzliche Staatsausgaben derzeit nicht bzw. nicht allein durch Einsparungen in anderen Bereichen des Haushalts finanziert werden können, wären 56 Prozent der Bundesbürger dafür, zur Finanzierung der Mehrausgaben neue Schulden aufzunehmen.

Immerhin 38 Prozent sind der Meinung, dass der Staat in diesem Fall auf Investitionen verzichten sollte.

## Neue Schulden oder Verzicht auf Investitionen?

Wenn notwendige Investitionen und zusätzliche Staatsausgaben im Moment nicht bzw. nicht allein durch Einsparungen in anderen Bereichen des Haushalts finanziert werden können, sollte der Staat am ehesten ...

	neue Schulden aufnehmen	auf Investitionen verzichten
	%	%
insgesamt	56	38
Ost	57	34
West	56	38
18- bis 29-Jährige	47	53
30- bis 44-Jährige	59	36
45- bis 59-Jährige	57	37
60 Jahre und älter	60	31
Anhänger der/des:		
SPD	70	25
Grünen	86	12
FDP	35	48
CDU/CSU	64	32
AfD	44	52
BSW	59	39

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



### **3 Reform der „Schuldenbremse“?**

Die sogenannte „Schuldenbremse“ sieht vor, dass Bund und Länder – außer in Notsituationen – nur in sehr begrenztem Umfang Kredite aufnehmen dürfen.

42 Prozent der Bundesbürger sprechen sich dafür aus, die „Schuldenbremse“ auch in Zukunft unverändert beizubehalten. 46 Prozent sind der Meinung, dass die Schuldenbremse so geändert werden sollte, dass künftig höhere Investitionen in bestimmten Bereichen erlaubt sind. Lediglich 9 Prozent plädieren für eine vollständige Abschaffung der Schuldenbremse.

Mehrheitlich für eine „Lockerung“ der Schuldenbremse für Investitionen sprechen sich die Anhänger der SPD und der Grünen aus. Für eine Beibehaltung der Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Form sind mehrheitlich die Anhänger der FDP und der AfD.

Damit sprechen sich aktuell mehr Bundesbürger für eine „Lockerung“ der Schuldenbremse aus als noch im November bzw. im Juli 2024.

## Generelle Meinungen zur Schuldenbremse

Die „Schuldenbremse“ in Deutschland sollte auch in Zukunft unverändert bestehen bleiben

		ja	nein, man sollte höhere Schulden für Investitio- nen erlauben	nein, man sollte die Schul- denbremse vollständig abschaffen
		%	%	%
insgesamt	Juli 2024 *	55	25	7
	Nov. 2024 **	48	35	9
	Januar 2025	42	46	9
Ost		41	39	13
West		42	47	8
18- bis 29-Jährige		44	43	9
30- bis 44-Jährige		32	54	10
45- bis 59-Jährige		42	47	9
60 Jahre und älter		42	46	8
Anhänger der/des:	SPD	32	59	7
	Grünen	14	75	10
	FDP	59	41	0
	CDU/CSU	44	48	7
	AfD	52	32	13
	BSW	42	42	17

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

\* forsa-Befragung im Auftrag von RTL Deutschland (1.-2.7.2024; 1.006 Befragte)

\*\* forsa-Befragung im Auftrag des STERN (28.-29.11.2024; 1.008 Befragte)